

PRESSEMITTEILUNG

2023 fehlen in Berlin rund 17.000 Kita-Plätze

In Berlin gibt es im kommenden Jahr zu wenig Kita-Plätze, um den Betreuungsbedarf der Eltern zu erfüllen. Ebenso wichtig wie der Platzausbau ist eine kindgerechte Personalausstattung in allen Kitas. Für beides braucht es viel mehr Fachkräfte, doch genau die fehlen.

Gütersloh, 20. Oktober 2022. Trotz des massiven Kita-Ausbaus in den vergangenen Jahren gibt es in Berlin noch immer zu wenig Kita-Plätze, um die Nachfrage der Eltern zu decken. Gemessen am Betreuungsbedarf fehlen im kommenden Jahr voraussichtlich rund 17.000 Kita-Plätze. Das geht aus den Berechnungen der Bertelsmann Stiftung für das aktuelle Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme hervor. Um die Nachfrage nach Kita-Plätzen zu decken, müssten zusätzlich zum vorhandenen Personal weitere 3.800 Fachkräfte eingestellt werden. Dadurch entstünden zusätzliche Personalkosten von rund 174 Millionen Euro jährlich. Betriebs- und mögliche Baukosten für die neuen Kita-Plätze kämen hinzu.

Um die Zahl der fehlenden Kita-Plätze zu ermitteln, hat die Bertelsmann Stiftung die Betreuungsquoten der Kita-Kinder in Berlin im Jahr 2021 mit dem Anteil der Eltern abgeglichen, die im selben Jahr in der Kinderbetreuungsstudie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) einen Betreuungsbedarf äußerten. Ein genauerer Blick zeigt, dass sich der Ausbaubedarf in Berlin nach Altersgruppe unterscheidet. So liegt die Quote der betreuten Kinder unter drei Jahren mit 45 Prozent deutlich unter dem Betreuungsbedarf von 59 Prozent. Um die dadurch entstehende Lücke zwischen Angebot und Nachfrage von 14 Prozentpunkten zu schließen, werden den Berechnungen zufolge zusätzlich 15.000 Kita-Plätze benötigt. Für die Kinder ab drei Jahren ist die Lücke mit rund 3 Prozentpunkten geringer. Um auch für diese Altersgruppe ein bedarfsdeckendes Angebot gewährleisten zu können, wären weitere 2.000 Kita-Plätze erforderlich – insgesamt also 17.000 neue Plätze.

Rechtsanspruch auf Kita-Platz lässt sich auch 2023 nicht für jedes Kind erfüllen

Die Zahlen belegen, dass Berlin den bundesgesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kindertagesbetreuung auch bis 2023 nicht für jedes Kind, dessen Eltern einen Bedarf haben, einlösen kann. „Das ist in doppelter Hinsicht untragbar: Die Eltern werden bei der Betreuung ihrer Kinder nicht unterstützt, während Kindern ihr Recht auf professionelle Begleitung in ihrer frühen Bildung vorenthalten wird“, sagt Kathrin Bock-Famulla, Expertin für frühkindliche Bildung der Bertelsmann Stiftung. Seit 2013 gilt in Deutschland der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr und für Kinder ab drei Jahren besteht er schon seit 1996.

Nur ein Kita-Platz mit einer hohen Qualität kann Kinder in ihrer Bildung und Entwicklung fördern. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist allerdings eine ausreichende Anzahl qualifizierten Personals. In Berlin werden immer noch 77 Prozent der Kita-Kinder in Gruppen betreut, deren Personalschlüssel nicht den wissenschaftlichen Empfehlungen entsprechen – bundesweit sind es 68 Prozent. In den Krippengruppen liegt der Personalschlüssel bei 1 zu 5,1. Das bedeutet, dass eine vollzeitbeschäftigte Fachkraft für mehr als fünf ganztagsbetreute Kinder verantwortlich ist. Das ist deutlich ungünstiger als der Bundeswert von 1 zu 3,9 und erfüllt somit auch nicht die Empfehlung der Bertelsmann Stiftung (1 zu 3). Damit nächstes Jahr in Berlin nicht nur ausreichend Kita-Plätze vorhanden sind, sondern auch alle Plätze kindgerechte Personalschlüssel aufweisen, müssten rund 24.200 Fachkräfte zusätzlich beschäftigt werden. Das wiederum würde Personalkosten von rund 1,1 Milliarden Euro jährlich entsprechen. Das neue Kita-Qualitätsgesetz sieht vor, dass der Bund 2023 und 2024 jeweils bis zu

zwei Milliarden Euro für die frühkindliche Bildung in allen Bundesländern bereitstellt. Die Bertelsmann Stiftung empfiehlt, dass Berlin diese Bundesmittel vor allem für eine bessere Personalausstattung verwendet.

Das Aufgabenspektrum von Kitas konsequent überprüfen und priorisieren

„Die größte Hürde auf dem Weg zu genügend Plätzen sowie kindgerechten Personalschlüsseln in den Kitas bleibt der Fachkräftemangel“, betont Bock-Famulla. Das aktuelle Ländermonitoring zeige der Expertin zufolge, dass auch im nächsten Jahr in Berlin viele Familien Schwierigkeiten bei der Betreuung ihrer Kinder haben werden: „Schon das fehlende Personal für den notwendigen Platzausbau ist bis 2023 nicht zu gewinnen und zu qualifizieren.“ Für eine bessere Personalausstattung sind noch mehr Fachkräfte zusätzlich erforderlich. Eine fatale Wechselwirkung erschwert die Aufgabe: Zu wenig Personal verschlechtert nicht nur die Qualität der frühkindlichen Bildung für die Kinder, sondern auch die Arbeitsbedingungen für die pädagogischen Fachkräfte. Dadurch sinken die Chancen, vorhandene Mitarbeiter:innen im Beruf zu halten, was den Personalmangel weiter verschärft. Damit dieser Teufelskreis durchbrochen werden kann, braucht es eine langfristige und für die Kitas erkennbare politische Priorität für eine bessere Personalausstattung notwendig.

Allerdings wird es Zeit beanspruchen, die benötigten Fachkräfte zu gewinnen und vor allem zu qualifizieren. Der Personalmangel erfordert aber bereits jetzt wirksame Lösungen. „Nur durch eine Kombination von verschiedenen Maßnahmen kann es gelingen, die Lücke an Fachkräften Schritt für Schritt zu verringern“, betont Bock-Famulla. Eltern sollten durch familienpolitische Maßnahmen unterstützt werden, wenn sie aufgrund von fehlenden Kita-Plätzen finanzielle oder berufliche Probleme bekommen. In den Kitas kommt es darauf an, kurzfristig die Überlastung des Personals zu reduzieren. Das lässt sich zum Beispiel mit zusätzlichen Mitarbeiter:innen in den Bereichen Hauswirtschaft und Verwaltung erreichen. Damit könnten sich die Fachkräfte stärker auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren. Vor allem aber muss das jetzige Aufgabenspektrum von Kitas konsequent überprüft und priorisiert werden. Denn die Anforderungen an das Kita-Personal sind sehr vielfältig und lassen sich mit der aktuellen Personalbemessung nicht mehr umsetzen. „Die Politik muss gemeinsam mit der Praxis und auch mit den Eltern die Frage beantworten: Worauf kann verzichtet werden, ohne das Recht der Kinder auf Bildung und gutes Aufwachsen zu verletzen?“, so Bock-Famulla.

Zusatzinformationen

Für das Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme wurden Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik (Stichtag 1. März 2021), des BMFSFJ („Kindertagesbetreuung Kompakt“, 2021) und weiteren amtlichen Statistiken ausgewertet. Die Berechnungen haben das LG Empirische Bildungsforschung der FernUniversität in Hagen, Economix Research & Consulting und die Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Die Daten und Quellen sind auf der Seite www.laendermonitor.de sowie in den Länderprofilen unter www.laendermonitor.de/laenderprofile zu finden. Eine kompakte Darstellung der Ergebnisse bietet dazu die Online-Broschüre www.bertelsmann-stiftung.de/kita-personal-braucht-prioritaet.

Unsere Expertinnen:

Anette Stein, Telefon: 0 52 41 81 81 274

E-Mail: anette.stein@bertelsmann-stiftung.de

Kathrin Bock-Famulla, Telefon: 0 52 41 81 81 173

E-Mail: kathrin.bock-famulla@bertelsmann-stiftung.de

Antje Girndt, Telefon: 0 52 41 81 81 208

E-Mail: antje.girndt@bertelsmann-stiftung.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de

